

**Zeitschrift:** Die Berner Woche  
**Band:** 36 (1946)  
**Heft:** 29

**Rubrik:** Politische Rundschau

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 03.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# POLITISCHE RUNDSCHAU

## Der Milchpreis

-an- Von der Westschweiz aus ging die Forderung, einen um vier Rappen höheren Milchpreis zu verlangen. Die sehr geringen Aussichten, in nächster Zeit schon den ausgeglichenen Viehbestand zu gewinnen, der Leutemangel in der Landwirtschaft, die nicht gut ausgefallene Heuernte, die mangelhaften Importe an zusätzlichem Kraftfutter, besonders aber die Preise, die dafür bezahlt werden müssen, die Unsicherheit der Bauernschaft im Hinblick auf die Wirtschaftsartikel und damit auf die gesetzliche Verankerung des Bauernschutzes — es gibt eine ganze Kette von Gründen zu dieser Forderung. Alle würden wohl dahinfallen, für den Moment wenigstens, wenn der Milchmangel in eine Milchschwemme umschlagen könnte. Das heisst, wenn man mit der Qualität einholen könnte, was jetzt nicht einzubringen ist. Aber die «Schwemme» ist nicht zu verwirklichen. Statt dessen verteuert sich die Produktion aus dem und jenem Grunde, und die Entlohnung der Hilfskräfte verschlimmert die Lage. Nicht zu vergessen, dass natürlich auch der Bauer merkt, wie in gewissen andern Kreisen verdient wird. Und wie der Landwirt nicht verdienen kann, weil seine Preise gebunden bleiben. Es ist ein bitteres Zuschauen. Die «Grossverdienerkreise» holen alle durch riesige Umsatzsteigerungen auf, was sie zur Kriegszeit nicht einmal eingebüsst haben. Für den Milch- und Fleischproduzenten aber gibt es diese Umsatzsteigerung nicht. Also bleibt ihm, wenn er an dieser wider alle Voraussage eingetroffenen «nie dagewesenen Konjunktur» überhaupt im geringsten beteiligt sein will, nur die Preissteigerung übrig. Das ist die Situation, die der Städter begreifen muss. Und nichts wäre weniger angebracht, als die Stirne zu runzeln und erstaunt zu fragen, was denn diesen «Agrariern» einfallt, dass sie auf einen Klapp nur gerade vier Rappen statt nur einen oder höchstens zwei wie bei allen bisherigen Milchpreiskampagnen verlangen.

Wir sind immer der Ansicht gewesen, dass zwischen «momentanen» und «grundsätzlichen» Lösungen ein Unterschied sei, und dass es endlich an der Zeit wäre, die grundsätzlichen zu finden, damit die immer wieder die Volksstimmung aufwühlenden Kämpfe um «Literrappen» einmal ein Ende finden. Das Verrückte an der Sache ist nämlich, dass es nicht die eigentlichen «Grossverdiener» sind, welche unter dem einen oder den vier Rappen leiden, sondern immer die am schlechtesten bezahlten Konsumentenschaften. Wenn der Bund so und so viel auf sich nahm, was tat er denn eigentlich? Und wenn er es fernerhin oder in noch höherem Masse tun wird, was tut er? Wir können wohl sagen, dass er als «Ausgleichskasse» funktioniert. Er nimmt das Geld dort, wo es zu holen ist (und wo es die untersten Arbeiterkategorien nicht holen können) und gibt es den Milchproduzenten (die es auch nicht holen könnten!). Eigentlich wäre eine Konjunkturabgabe der bestflorierenden Industrien fällig, um die «Milchkasse» des Bundes zu füllen. Das würde die Herren, die sich zu gefährlichen Ueber-Investitionen verlocken lassen möchten, ein wenig erleichtern und vor oewissen Gefahren bewahren!

## Englands Amerika-Anleihe

Im amerikanischen Repräsentantenhaus ist über das letzte Wochenende die Englandanleihe genau in der Form genehmigt worden, welche der Senat angenommen hatte. England bekommt also seine Milliarde, ein «Danaergeschenk», wie die britischen Gegner sagen, eine notwendige Garantie für den Wirtschaftsfrieden, wie die Freunde behaupten. Lang und schwer war der Kampf in den

USA. Zuletzt hiess es sogar, England bekomme kein Geld, solange seine Palästinapolitik sich weiterhin gegen den Zionismus richte. Bis ein jüdischer Abgeordneter erklärte, die Juden wünschten nichts Derartiges. Aus diesem einzigen Beispiel mag man erkennen, wie mannigfach und verworren die Einflüsse des «Für» und des «Wider» gewesen, wie sehr sich die Interessen kreuzten, und wie verschiedenartig die politischen Rechnungen gewesen sind und weiterhin sein müssen, die einander bekämpften.

Das wichtigste Argument der Freunde in USA, die England partout die Milliarde — eine Pfundmilliarde übrigens — pumpen wollten, war ein weltpolitisches erster Ordnung, und es scheint, dass es schliesslich den Ausschlag gegeben. Es galt, die Kriegsallianz der beiden angelsächsischen Mächte zu erhalten. Sie konnte zerbrechen, falls sich ein Wirtschaftskrieg entspann. Und er würde sich entspannen habe, mit aller Sicherheit, und wahrscheinlich genau an dem Tage, da das amerikanische Nein ertönte. Wie man sich unter unsern Lesern erinnert, werfen die britischen Konservativen Labour vor, das «Empire» für Dollars verkauft zu haben. Das heisst, die Labourregierung ging die Bedingung ein, USA alle Kolonien handelspolitisch zu öffnen, dem amerikanischen Export und Import allenthalben dieselben Rechte wie dem britischen zu gewähren. Hätten nun die USA Nein gesagt, wäre auch dieses britische Versprechen dahingefallen. England würde, getrieben von seinen besorgten Exporteuren, auf die Bahn der «Empire-Autarkie» geraten sein. Abschliessung des «Commonwealth» gegenüber den knauserigen Yankees — das wäre die Parole geworden. Amerika seinerseits würde geantwortet haben, und zwar mit gleichen Methoden. Der britische Handel müsste damit auf Schranken in den USA gestossen sein. Aber sicher nicht nur in USA, sondern überall dort, wo der amerikanische politische Einfluss stärker als der britische geworden und noch werden wird. Wahrscheinlich in China, dann verschiedenorts auf dem Globus. Auf den Philippinen, im wieder geöffneten Japan, in Südamerika und mit grosser Wahrscheinlichkeit auch im französischen Gebiete.

Dass in einem solchen Wettrennen die politischen Beziehungen unheilbar leiden müssten, versteht sich von selbst. Natürlich würde die einsichtige Labourregierung versucht haben, eine solche Entwicklung zu bremsen. Vor allem deshalb, weil ihre Führer erkennen, wohin jede solche Abschneidung der eigenen Sphäre führen muss. Sie kann heute auf eine riesige Belegung des Aussenhandels — noch vor der Dollaranleihe — hinweisen, kann den eigenen Exporteuren schwarz auf weiss beweisen, was schon unter den bisherigen Zuständen möglich gewesen und kann beifügen, dass die «nunmehr völlig offene grosse Welt», dank Offenhaltung des «Commonwealth» für den USA-Handel, die Chancen verdoppeln müsse. Ganz gewiss würde sie schon aus Prinzipientreue, mit dem gleichen Hinweis gefochten haben, falls USA sich den Unsinn einer Absage geleistet hätte. Dennoch ist sicher, dass sie einen Ansturm der Kräfte zu bestehen gehabt hätte, die den «Isolationisten» in Amerika mit gleicher Münze heimzahlen wollten. Getreu dem Prinzip: «Machst du eine Dummheit, mache wir eine noch grössere».

Derlei Gefahren also sind nun beschworen, und unter allen politischen und wirtschaftlichen Nachrichten den letzten Wochen kommt keine an Bedeutung an diese heran: Dass England die Dollars bekomme und instande sei, den Kurs seiner Wirtschaftspolitik im Einvernehmen mit den USA zu bestimmen. Die grosse Garantie für das politische Zusammengehen beider Mächte ist nun gegeben, und alle ferneren Konferenzen stehen unter dem Gesetz dieses Zusammengehens. Und zwar eindeutiger als bisher.

(Schluss auf Seite 894)

**E**ine gute Idee, eine bescheidene Anlage und ein unermüdlicher Arbeitseifer bildeten im Jahre 1903 die Grundlage des heutigen Unternehmens.

Als der Gründer der Firma, Hans Nobs, 1920 die Fabrikanlage in Münchenbuchsee errichtete, waren seine Erfahrungen und Erfolge schon sehr bedeutend, so dass nun die Herstellung und der technische Vorgang mit grosser Sorgfalt und fachmännischen Kenntnissen in vollem Umfang durchgeführt werden konnte. Eines der Hauptprodukte, die Säuglingsnahrung «BERNA», hat sich seit nunmehr 43 Jahren das Vertrauen der Schweizer Aerzte, Hebammen und Mütter erworben und ihre Qualität und Beweis gestellt. Sie ist eine ausgezeichnete Nahrung für den jungen Organismus und gibt diesem alle jene Stoffe, die zu seinem Aufbau notwendig sind. Aus dem Vollkorn von fünf Getreidearten gezogen und durch spezielle Behandlung in eine leicht aufnehmbare Form gebracht, enthält sie neben den Nährstoffen die so wichtigen Ergänzungs- und Schutzstoffe (Mineralien, Vitamine B<sub>1</sub> und D).



## Wertvolle Nahrung

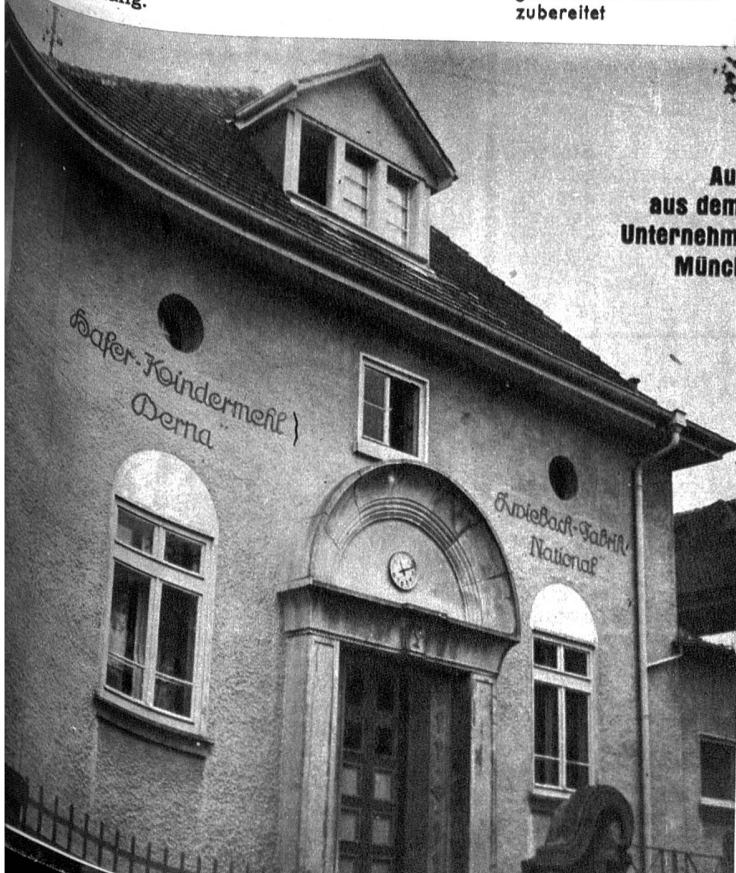
Neben diesem Hauptprodukt erfreut sich besonders der Spezial-Nähr-Zwieback einer steigenden Nachfrage und die Nobs-Nüssli, welche als erste auf dem Schweizer Markt den Reigen dieser Lebensmittelgruppe in neuer Form eröffneten, werden auch weiterhin ihre wirkliche Güte beweisen.

Seit dem Tode des Gründers Hans Nobs im Jahre 1945 wird sein Werk von den Nachfolgern — nicht nur im technischen Sinne, sondern auch in der Auffassung von Qualität und Verantwortung — weitergeführt. Das Gute währt lang.

- 1 Ansicht der Fabrik Nobs & Cie., Münchenbuchsee
- 2 Seit 43 Jahren ist die Säuglingsnahrung «Berna» ein bekanntes und gesuchtes Produkt
- 3 Die auf besondere Art präparierten Nobs-Nüssli
- 4 Eingang zur Fabrik
- 5 Der Nobs-Spezial-Nähr-Zwieback wird aus aufgewertetem Weissmehl zubereitet



**Aufnahmen aus dem Betriebe des Unternehmens Nobs & Cie., Münchenbuchsee**





Man wird dies überall spüren: An der *Friedenskonferenz vom 29. Juli*, in der *Behandlung Deutschlands*, in den *Beziehungen zu den kleinen europäischen Staaten*, in der *Zusammenarbeit mit Frankreich*, an der *Aussenministerkonferenz vom kommenden November*, welche endlich das *deutsche Problem* bereingehen soll, in der Politik gegenüber den *Balkan- und Donaustaaten*, im *vordern Orient, Türkei, Iran und Palästina* insbesondere, im Ausgleich mit *Arabern und Indern*, und sehr deutlich auch *in China*. Es ist nicht dasselbe, ob die Amerikaner versuchen müssen, die Unabhängigkeitsbewegungen in den europäischen Kolonialreichen um der eigenen Handelsvorteile willen zu fördern, oder ob sie ein Interesse haben, den vielen aufgewühlten Völkern zu sagen, sie hätten das grösste Interesse, sich innerhalb des britischen Weltreiches eine gesicherte Autonomie zu erobern, zum Schutze gegen Mächte, die härter als England regieren würden! Es ist wirklich nicht dasselbe!

#### Die Spitze gegen Moskau

fehlt zweifellos dem Dollarabkommen nicht. Man mag dies aus der Rede schliessen, welche der Speaker des amerikanischen Repräsentantenhauses, Mr. Rayburn, zugunsten der Anleihe gehalten. «Wenn wir uns nicht mit der britischen Demokratie verbünden, dann befürchte ich, dass sich jemand anders mit Grossbritannien verbünden wird... Alle Stimmen auf dem Erdball rufen nach einer Weltführung durch die amerikanische Demokratie. Wir wollen diese Führung an uns reissen... Ich will den Frieden. Ich hasse den Krieg mit verzehrender Leidenschaft. Ich will nicht zusehen, wie Grossbritannien und Westeuropa noch stärker in die Arme einer Ideologie getrieben werden, die ich, offen gestanden, aufs tiefste verabscheue...»

Das war wirklich deutlich und kann, wenn man will, auch als Anspielung gegen Labour und seine staatssozialistischen Experimente aufgefasst werden. Ja, vielleicht als prophetischer Hinweis an die Amerikaner, in England würde sich der Linkskurs verlangsamen, wenn man mit der gepumpten Pfundmilliarde das kapitalistische System zum richtigen Funktionieren bringe. Wogegen ein darbenes England noch weiter links ausrutschen müsste. Vielleicht täuschte sich Mr. Rayburn. Denn eben erst hat das «House of Lords» den Beschluss des Unterhauses, die Kohlengruben zu verstaatlichen, bestätigt und damit die Marschsicherheit Englands auf eine Weise bewiesen, wie nichts sonst sie bewies. Sozialistische Planung im britischen Sinne hat mit der gefürchteten kommunistischen Ideologie eben gar nichts zu tun, und vermutlich müsste man auch einen sehr dicken Trennungsstrich zwischen die russischen Fünfjahrespläne und der «politischen Ideologie» der einstigen Revolutionszeit in Russland und dem, was sich als unheimliches und bedrohliches Erbe davon erhalten hat, ziehen. Es geht um die GPU, um die verweigeren politischen Freiheiten und all das, was damit zusammenhängt. Aber der Amerikaner sah voraus, dass sich England im Gefolge des Wirtschaftskrieges mit den USA leicht genug enger an Moskau anschliessen konnte und dass alsdann bei den britischen Gewerkschaften viel leichter eine Infizierung mit radikalem russischem Gedanken- krieg unausweichliche wirtschaftliche Schwierigkeiten reife...

USA hat nun mit seiner *grosszügigen Dollarhilfe an Frankreich*, mit der «Léon Blum-Anleihe», auch *Labour-England*, wie gewisse seiner Politiker wähnen, an die «goldene Kette» seines Kapitals gelegt. Man darf bei dieser Gelegenheit wohl einmal sagen, dass der «Kapitalismus» als System immer dann verdammungswürdig erscheint, wenn er nicht funktioniert, besser, wenn er falsch funktioniert. Vielleicht müsste sich der Befürworter des britisch-amerikanischen «Bündnisses auf Dollarbasis», Mr. Rayburn, nach dem Anleihesieg fragen, ob die *Aufhebung der Preiskontrolle*, auf jener über die *Getreidepreise*, und die damit verbundene *jähre Preiskletterei nicht gefährlicher als die britische Labourpolitik* — beispielsweise die ge-

plante *Brotrationierung* — sei und keinen bessern Nährboden für die verhasste russische Ideologie biete. Die neue, wildere Streikwelle kündigt sich bereits an, und was daraus wird, lässt sich nicht voraussehen.

Die Regierung Mr. Trumans steht zweifellos vor neuen, schweren Aufgaben. Man hat behauptet, sie werde, wenn die Englandanleihe gewährt werde, sowohl innerpolitisch als auch aussenpolitisch besser dastehen als bisher und vor allem in die Zukunft hinein disponieren können. Die Streikwelle des vergangenen halben Jahres war abgeebbt. Die Arbeiter hatten ihre Lohnerhöhungen zum grösseren Teil durchgesetzt. Der innere Markt war damit konsolidiert, die Absatzmöglichkeiten stiegen um beinahe unfassbare Werte. Der Export aber hatte nicht gelitten, nahm im Gegenteil zu gleich dem britischen. Ein reicher Zinsendienst aus fast allen Ländern der Erde erhöhte das nationale Einkommen und steigerte die Kapital-Akkumulation. Die Investitionsfähigkeit der Wirtschaft blieb sich andauernd gleich, dank dem bessern Absatz im Inland und dank der Bedürftigkeit der Welt nach mehr und immer mehr Waren.

Allein *Truman ist nicht Rooseveltzeit*. Und vor allem: *Seine Leute sind nicht Roosevelts Leute. Die letzten eindeutigen und überzeugten Anhänger des «New Deal» sind aus seinem engern Kreise verschwunden.* «Mr. Ickes» ging — und das war ein Signal und ein Symbol zugleich. Die Kurslosigkeit begann. Als zu Beginn der Streikwelle ausgerechnet wurde, wie hoch die Lohnerhöhungen gehen dürften, ohne dass man den Produzenten Preiserhöhungen erlauben müsse, dachte man an eine Planmässigkeit in der staatlichen Intervention und Kontrolle, die wahrhaft grosszügig anmutete. Dann bekam man den Eindruck, dass die Entscheide Trumans nicht gemäss solchen Rechnungen, sondern machtpolitisch gefällt wurden. Je nach der Wucht, mit der die Bewegungen auftraten, erkämpften sie sich die Lohnerhöhungen, und von der Relation zwischen neuen Löhnen und möglichen neuen Preisen war kaum mehr die Rede. Die Streiks dauerten Wochen und Monate, statt dass sie sogleich geschlichtet oder durch Verhandlungen vermieden wurden. Es wurde deutlich, dass Roosevelt der «Mann der Gewerkschaften» (nicht der radikalen CIO) gewesen, dass Truman aber nicht ihr Mann war. Ebenso deutlich aber wurde, dass er auch nicht der Mann der Untertanen war. Eines Kreises, der jedoch nicht auf der notwendigen Höhe stand. Nicht wusste, was es bedeutete, über den Parteien zu stehen, zu lenken, zu schlichten und dabei die staatlichen Eingriffe auf das Wesentliche, Entscheidende, zu beschränken. Darum die *Kurslosigkeit, die sich nur gegen links und rechts wehrte, statt beiden einen Weg zur Zusammenarbeit zu zeigen.*

Nun hat sich diese Bürokratie vom Drängen der Leute, die jede Kontrolle hassen und als Ursache jedes Unbehagens ansehen, bestimmen lassen, mit dem Erfolg, dass, wie gesagt, die Aufhebung der Preiskontrolle zur wilden Preistreiberei wird. Das nächste Uebel wird wohl in einem Zurrückschrecken vor weiteren Lockerungen sein. Damit aber gesellen sich zu den unzufriedenen Konsumentenmassen neue Feinde: All die, welche auf das Fallen jeglicher Fesseln gehofft hatten. Es wird nach einer gewissen Frist zu einer trüben Entzauberung der Präsidentenwürde Trumans kommen, und sollten jetzt schon Wahlen sein, auch zu seinem Sturze. Das ist es, was man gleich nach seinem Siege in der Anleihefrage sagen muss.

Was man angesichts dieser Zustände, die erst jetzt Merkmale eines Chaos aufweisen, über den Wert des *britisch-amerikanischen Wirtschaftsbündnisses* sagen soll, ist zweifelhaft. *Vielleicht reisst der Elan des Wirtschaftsaufschwunges das Land über die Untiefen hinweg*, die sich so plötzlich zeigen. Man muss dies wünschen. Besonders weil die von der Presse künstlich verschärfte *antirussische Stimmung* wie die geheime Bereitschaft aussieht, eine drohende Explosion im eigenen Lande durch ein aussenpolitisches Abenteuer zu beschwören.